

## Presseerklärung der Fabrik Stiftung vom 15. Juni 2010

Am 25. Mai dieses Jahres ging der FABRIK Stiftung, vertreten durch ihren Gründer und Geschäftsführer Horst Dietrich, ein Schreiben der Behörde für Kultur, Sport und Medien (BKSM) zu, das den Fortbestand des seit 1971 in Altona bestehenden und inzwischen weit über die Grenzen Hamburgs bedeutenden Kulturzentrums in Frage stellt oder sogar gefährdet. Letztlich knüpft die Behörde ihre bloßen Überlegungen, die Förderung der FABRIK Stiftung 2011 und 2012 fortzusetzen, an Forderungen, die Struktur der Stiftung radikal zu ändern und zukünftig schwarze Zahlen vor bunte kulturelle Vielfalt zu stellen.

Das Schreiben erreichte die FABRIK Stiftung als Antwort auf eine Anfrage Horst Dietrichs vom 29. 12. 2009 nach den Förderungsplanungen der Behörde für die Jahre 2011 und 2012 nicht nur mit erheblicher Verzögerung, das darin geforderte Verfahren zur strategischen Neuorientierung der FABRIK Stiftung ist darüber hinaus ebenso unzumutbar wie zeitlich nicht umsetzbar und widerspricht zudem der Zielsetzung der FABRIK, „Kultur für alle“ anzubieten. Der „kontinuierlich defizitären wirtschaftlichen Entwicklung der FABRIK“, die die Behörde in diesem Schreiben konstatiert und die sie mit der geforderten Neustrukturierung der Stiftung angeblich bekämpfen will, steht die kontinuierliche Reduzierung der von ihr zur Verfügung gestellten Fördermittel von umgerechnet 819.000 € seit 1996 auf inzwischen 549.000 € gegenüber, die verständlicherweise zum derzeitigen finanziellen Engpass der FABRIK entscheidend beigetragen hat.

In den Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen der Behörde und der Stiftung, die seit Jahren die Grundlage der Subventionierung der FABRIK bilden, ist von einem „vielschichtigen, überregionalen abendlichen Kulturprogramm für die unterschiedlichsten Zielgruppen, Altersklassen und Schichten“ die Rede sowie von der Verpflichtung der FABRIK, „mit den Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil Kreativität zu üben, sich neu zu entdecken und neue Wege zu erschließen, aus denen vielfältige Interessen geweckt werden“. Demgegenüber wird nun in dem Brief nachdrücklich gefordert, „mit externer Unterstützung ... ein ausgeglichenes realistisches wirtschaftliches Ergebnis“ umzusetzen. Was das bedeutet, ist jedem Kenner der Kulturlandschaft klar: der kulturellen Vielfalt, der bunten Offenheit und Lust an neuen Entdeckungen, die das Abendprogramm der FABRIK auszeichnen, für das sie bundesweit bekannt wurde, würde ein Programm entgegengesetzt, das vor allem dem Umsatz verpflichtet wäre und mit kommerziell interessierten Dienstleistern realisiert würde.

Konkret soll die FABRIK Stiftung – nach dem besagten Schreiben der BKSM vom 25. Mai 2010 – als Voraussetzung für die weitere Subventionierung dazu verpflichtet werden, Vorstand und Aufsichtsrat bis zur Sommerpause komplett auszuwechseln und durch den neuen Vorstand auch die Position des Geschäftsführers bis zum 30. September 2010 neu zu besetzen. Horst Dietrich soll als bloßes Mitglied in den Aufsichtsrat wechseln, wobei nicht versäumt wurde, darauf hinzuweisen, dass „bei allem Respekt für ihre persönliche Leistung Ihr Alter es in absehbarer Zeit erzwingen wird, dass neue Strategien (...) gefunden werden müssen.“

Dieser Vorgang dürfte in der Hamburger Kulturszene einmalig sein, setzt die Behörde doch hier ein Ultimatum an die Stelle eines Gesprächsangebotes und versucht gleichsam, ein über lange Zeit gewachsenes Haus – die FABRIK feiert im nächsten Jahr ihr 40jähriges Bestehen! –, das sich der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit ebenso verpflichtet fühlt wie einer breitgefächerten kulturellen Abendunterhaltung, die sich nicht ausschließlich der Erzielung guter Bilanzen widmet, zum möglichst einträglichen Geschäftsmodell herabzustufen.

Dass die angespannte Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden Sparzwänge auferlegt, ist unumstritten. Dass vor diesem Hintergrund aber versucht wird, Kulturangebote wie das der FABRIK Stiftung in ihr nur noch lukratives Gegenteil zu verkehren, kann nicht der Sinn sein. Altona ohne die FABRIK in ihrer jetzigen Angebotsbreite, das wäre ein unwiederbringlicher Verlust in einem Stadtteil, der ohnehin schon überproportional der Gentrifizierung ausgesetzt ist.